

Von: <Buero.Gebers@bmas.bund.de>
An: BUERO-ST-N <BUERO-ST-N@bmwi.bund.de>;
<k@bkm.bund.de>
Gesendet am: 29.01.2020 12:56:50
Betreff: Zustellförderung, hier: Terminbestätigung 27.02.2020 um
16:00 Uhr im BMAS

Sehr geehrte Damen und Herren,

gerne bestätige ich Ihnen das Gespräch zwischen Frau Staatssekretärin Gebers, Herrn Staatssekretär Dr. Nußbaum und Herrn Dr. Winands zum Thema „Zustellförderung“ am **Donnerstag, den 27. Februar 2020 um 16:00 Uhr im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Raum 3.002.**

Bitte bestätigen Sie die Teilnahme Ihrer Vorgesetzten und teilen Sie mir den Namen der Begleitpersonen bis zum 19. Februar 2020 an buero.gebers@bmas.bund.de mit. Es gilt das Format +2.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Stephanie Mettcher

Büro der Staatssekretärin Leonie Gebers
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin
Tel.: 030 18 527-2046
Fax: 030 18 527-2048
E-Mail: stephanie.mettcher@bmas.bund.de

Von: <Buero.Gebers@bmas.bund.de>
An: BUERO-ST-N <BUERO-ST-N@bmwi.bund.de>;
<k@bkm.bund.de>
CC: <stg@bmf.bund.de>; Braun, Helge
<Helge.Braun@bk.bund.de>
Gesendet am: 23.01.2020 15:38:28
Betreff: Zustellförderung, hier: Schreiben der Staatssekretärin
Gebers

Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrter Herr Dr. Winands,

im Auftrag von Frau Staatssekretärin Gebers übersende ich Ihnen beigefügtes Schreiben nebst Anlage
ausschließlich per E-Mail.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Stephanie Mettcher

Büro der Staatssekretärin Leonie Gebers
Bundesministerium für Arbeit und Soziales
Wilhelmstraße 49
10117 Berlin
Tel.: 030 18 527-2046
Fax: 030 18 527-2048
E-Mail: stephanie.mettcher@bmas.bund.de



nur per Mail

Staatssekretär im Bundesministerium für
Wirtschaft und Energie
Herrn Dr. Ulrich Nussbaum
buero-st-n@bmwi.bund.de

Amtschef bei der Beauftragten
der Bundesregierung für Kultur und Medien
Herrn Dr. Günter Winands
k@bkm.bund.de

nachrichtlich

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen
Herrn Werner Gatzert
stg@bmf.bund.de

Chef des Bundeskanzleramts
Herrn Bundesminister Prof. Dr. Helge Braun
helge.braun@bk.bund.de

Leonie Gebers

Staatssekretärin

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2044
FAX +49 30 18 527-2048
E-MAIL buero.gebers@bmas.bund.de

Berlin, **23.** Januar 2020

Sehr geehrter Herr Kollege,
sehr geehrter Herr Dr. Winands,

der Haushaltsgesetzgeber hat für die Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern für das Haushaltsjahr 2020 40 Millionen Euro bereitgestellt. Da diese Mittel bis zur Vorlage eines Konzeptes gesperrt sind und die Entsperrung der Einwilligung des Haushaltsausschusses bedarf, ist es erforderlich, nun rasch mit den Vorbereitungen zur Umsetzung dieser Förderung zu beginnen.

Im Koalitionsvertrag war ursprünglich vorgesehen, den Rentenversicherungsbeitrag für Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller befristet für 5 Jahre abzusenken. Da dieser Vorschlag die Zuständigkeit des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales betraf, hatte es mein Haus übernommen, den Auftrag aus dem Koalitionsvertrag federführend zu bearbeiten. Eine umfassende Prüfung hat jedoch ergeben, dass dies sowohl aus rechtstechnischen als auch aus ordnungspolitischen Gründen nicht möglich ist.

Um den Umsetzungsprozess dennoch zügig weiterzuführen hat das BMAS eine Studie in Auftrag gegeben, die aus dem Vergleich mit anderen europäischen Ländern mögliche Kriterien für eine Zustellförderung darstellt. Teil der Studie war ein Expertenworkshop im Juni 2019, in dem mit Ihren Häusern sowie mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis und Verbänden der Zeitungsbranche erste praktische Ansätze diskutiert wurden. Das auf der Grundlage der Studie und des Workshops erstellte und mit Ihren Häusern abgestimmte Eckpunkte-Papier, das erste Ansätze einer Förderung beschreibt, füge ich diesem Schreiben bei.

Mit diesem Eckpunktepapier ist noch einmal deutlich geworden, dass die geplante Förderung nicht in die fachliche Zuständigkeit des BMAS fällt. Da es sich nicht um eine sozialrechtliche Maßnahme oder um die Bereitstellung sozialpolitischer Hilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer handelt, verfügt das BMAS weder über die erforderliche Verwaltungskompetenz noch über eine geeignete Infrastruktur (nachgeordneter Bereich) zur alleinigen Umsetzung eines solchen Förderprogramms. Es geht vielmehr um die finanzielle Unterstützung und damit wirtschaftliche Förderung von Unternehmen der Branche der Zeitungszusteller.

Ich würde den weiteren Prozess gerne zeitnah mit Ihnen besprechen. Wir werden in Kürze zur Terminabstimmung auf Ihr Büro zukommen.

Mit freundlichen Grüßen



**Eckpunkte für eine Förderung der Zustellung und Innovationen von
Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern.**

Journalismus spielt eine wichtige Rolle beim demokratischen Willensbildungsprozess auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Printmedien haben auch im digitalen Zeitalter eine besondere Bedeutung. Sie sind jedoch durch strukturelle Veränderungen vor große Herausforderungen gestellt. Insbesondere der Rückgang von Printabonnements und das Schrumpfen des Marktes für bezahlte Anzeigen in gedruckten Tages- und Wochenzeitungen sowie Anzeigenblättern stellen etablierte und bewährte Geschäftsmodelle in Frage. Sinkende Abonnementzahlen bzw. Auflagenhöhen verteuern insbesondere die Stückkosten der Zustellung.

Die Versorgung mit gedruckten Exemplaren hat gegenüber Online-Angeboten wesentliche Unterschiede. Ein Wegfall von gedruckten Ausgaben ginge mit dem Ausschluss bestimmter Zielgruppen von Informationen einher. Darunter fallen Personen mit unzureichendem Zugang zu digitalen Diensten oder gering ausgeprägter Affinität zur Nutzung digitaler Inhalte. Hinzu kommt, dass gerade der deutsche Zeitungsmarkt nach wie vor sehr lokal oder regional geprägt ist (vgl. IZA 2019). Anzeigenblättern kommt dabei sowohl mit Blick auf Informationen aus der Lokalpolitik wie auch bei Organisation und Würdigung von ehrenamtlichem Engagement eine bedeutsame Rolle zu, indem hierbei quasi-öffentliche Güter produziert werden (DIW, 2018).

Der Koalitionsvertrag sieht daher vor, eine Zustellförderung in Form der temporären Reduzierung der Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung für auf geringfügig entlohnter Basis beschäftigte Zeitungszusteller einzuführen (vgl. KoalV 2018). Dies ist jedoch rechtstechnisch und ordnungspolitisch im System der deutschen Sozialversicherung nicht umsetzbar. Eine Alternative kann ein System zur Förderung der Zustellung als temporäre Unterstützung bei der digitalen Transformation für Tages- und Wochenzeitungen sowie in Form der Unterstützung lokaler Vielfalt von Anzeigenblättern sein. Eine solche Unterstützung setzt voraus, dass arbeits- und sozialrechtliche Standards wie bspw. der Mindestlohn eingehalten werden.

Elemente bestehender Fördersysteme in anderen europäischen Ländern können dabei Hinweise auf Kriterien für eine Zustellförderung geben. Der internationale Vergleich zeigt jedoch auch, dass eine Zustellförderung in Deutschland nicht 1:1 an bestehenden Fördersystemen in anderen europäischen Ländern zu orientieren ist, da

- a) anderswo direkte Förderung überwiegt, die in Deutschland historisch nicht denkbar ist und
- b) es für die Rolle von Anzeigenblättern keine Äquivalente in den untersuchten Ländern gibt (vgl. IZA, 2019; DIW, 2018).

Eine Förderung muss daher einerseits deutschen Besonderheiten andererseits aber auch Erkenntnissen aus dem internationalen Vergleich Rechnung tragen. Wesentliche Orientierungspunkte für eine Zustellförderung sind:

1. Eine **Zustellförderung für Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern** bietet sich an, um die Meinungsvielfalt, die demokratische Willensbildung und einen pluralen Journalismus in Deutschland zu unterstützen. Da eine Förderung der Zustellung inhaltlich neutral ist, hat sie keine Auswirkungen auf die Freiheit der journalistischen Tätigkeit. Zudem reduziert sie Kosten und ermöglicht so Investitionen in die digitale Transformation bzw. trägt dazu bei, die Vielfalt der u.a. für das Ehrenamt wichtigen Anzeigenblätter zu erhalten.

2. Eine Förderung in Höhe von 100 Mio. Euro pro Jahr, d.h. eine leicht über dem Umfang der im Koalitionsvertrag zugesagten Entlastung hält das BMAS aus Gründen der vorübergehenden Unterstützung, für sinnvoll. Sie sollte 98 Mio. Euro für die Förderung der derzeitigen Zustellung sowie 2 Mio. Euro für die Förderung von Innovationsprojekten zur digitalen Transformation umfassen. (Vorschlag Finanzrahmen)

3. Eine Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern muss sich **auf Exemplare beschränken, die die Verlage selbst zustellen oder deren Zustellung von Organisationen sichergestellt wird, die die Verlage mit eigenem wirtschaftlichen Risiko** (mindestens anteilig) führen oder die nicht bereits anderweitig von staatlichen Vergünstigungen profitieren. Die Förderung in Höhe von insgesamt 98 Mio. Euro könnte auf der Grundlage der unabhängig und regelmäßig testierten Auflagenkontrollen ADA* und IVW** differenziert nach Stadt-, Land- und Mischregionen erfolgen. 60% der Förderung sollte für die Zustellung von Abonnementzeitungen und 40 % für die Förderung der Zustellung von Anzeigenblättern bereitgestellt werden. Sie sollte auf die Höhe der Auflage im jeweils ersten Quartal des förderrelevanten Jahres umgelegt werden um die Höhe der Förderung pro Exemplar zu berechnen.

Die verfügbaren Mittel werden so auf die alleinige Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern fokussiert.

4. Die Zustellförderung hat das Ziel, die Zeitungs- bzw. Anzeigenblattverlage in der digitalen Transformation zeitlich begrenzt zu entlasten und sollte daher **nach 5 Jahren evaluiert** werden. Eine verhältnismäßige Absenkung des Förderbeitrages kann dabei zum Beispiel von

- a) Entwicklungen in der technischen Infrastruktur (z.B. erfolgter Breitbandausbau)
- b) möglichen Veränderungen der Nutzungsgewohnheiten der Leser (z.B. abnehmende Präferenz für Printprodukte in verschiedenen Altersklassen oder für verschiedene Textformate wie long read oder Hintergrundberichte, die anhand vorliegender Marktdaten und Marktforschung bewertet werden kann)
- c) und der Entwicklung digitaler Geschäftsmodelle

abhängig gemacht werden. In der Evaluation sollten Abonnementzeitungen und Anzeigenblätter getrennt bewertet werden, da dort jeweils unterschiedliche Entwicklungschancen gesehen werden.

5. Die Förderung der Zustellung sollte einher gehen mit der **Förderung von Innovationsprojekten** der Presseerzeugung, hierfür sollten für Abonnementzeitungen und Anzeigenblätter jeweils 1 Mio. Euro der Fördermittel pro Jahr vorgesehen werden.

*ADA: Auflagenkontrolle der Deutschen Anzeigenblätter

**IVW: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern

6. Zur **Umsetzung** sollte ein Förderinstrument eingerichtet werden. Hierfür sollte möglichst an bestehende Fördersysteme Anschluss gefunden werden.

*ADA: Auflagenkontrolle der Deutschen Anzeigenblätter

**IVW: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern

3:1e zu 60209/001-01 # 001-0027
C. J. Boes 21.1.22

Berlin, 19. Februar 2020

Gesprächsvorbereitung

St N
a.d.D.

Betr.:

**Gespräch mit StS'in Gebers (BMAS)
und Herrn Dr. Winands (BKM)
zur Umsetzung der Zustellförderung**

Ort:

BMAS
Büro StS'in Gebers (Raum 3.002)
Wilhelmstr. 49
10117 Berlin

Für den Termin am: 27.02.2020, 16:00-17:00 Uhr

Die Staatssekretärinnen und die Staatssekretäre haben
Abdruck erhalten.

Teilnehmer/innen: BMWi (Format +2):
MDG Schnorr, VI
MR Dr. Jungbluth, VIA3

Anlass/Rahmen:

Mit Schreiben vom 23. Januar 2020 an Sie und Herrn Dr. Winands (BKM) hat Frau StS'in Gebers erklärt, dass die geplante Förderung der Zustellung von Zeitungen und Anzeigenblättern aus ihrer Sicht nicht in die fachliche Zuständigkeit des BMAS falle. Implizit erachtet sie BMWi oder BKM als fachlich zuständig.

Im Vorfeld des Gesprächs hatten Sie eine Umsetzung der Zustellförderung durch das BMWi mit Schreiben vom 4. Februar an Frau StS'in Gebers bereits abgelehnt. Ebenso lehnt BKM eine Umsetzung der Zustellförderung ab, zumal BKM – anders als BMWi (insb. BAFA) – über keinen nachgeordneten Bereich zur Abwicklung einer Förderung verfügt.

I. Gesprächsziel und Interessenlage

1. Ablehnung einer Umsetzung der Zustellförderung durch BMWi.
2. Verdeutlichen, dass hierfür weiterhin BMAS zuständig ist.

Vom Leitungsbereich auszufüllen	
TGB-Nr.	T-200204-013
Eingang Leitung	20.02.2020
eDW-M- Nr.:	-

Abzeichnungsleiste	
St	
AL	i.V. Brö, VIA 19.02.20
UAL	Brö, VIA 19.02.20

Referatsinformationen	
Referats- leiter	MR Dr. Jungbluth (-7290)Ju, VIA3 19.02.20
Bearbei- terin	RD'in Förster (-6458) GCF, VIA3 19.02.20
Mit- zeichnung	-
Referat und AZ	VIA3 – 60209/006#005

Zückauf, Ans. 28.2.
Fr. Förster / 313
xi 29/4

S. 25. 1st. 1st. 1st.

Umsetzung der Zustellförderung

Die ursprünglich im **Koalitionsvertrag** vorgesehene Absenkung des Rentenversicherungsbeitrags für geringfügig beschäftigte Zeitungszustellerinnen und Zeitungszusteller (Zuständigkeit BMAS) war rechtstechnisch und ordnungspolitisch nicht möglich. Stattdessen wird nunmehr eine **Förderung der Zustellung von Abonnementzeitungen und Anzeigenblättern** vorgesehen. Der Haushaltsgesetzgeber hat hierfür für das Haushaltsjahr 2020 **40 Mio. Euro** Fördergelder bereitgestellt, die bis zur Vorlage eines Gesamtkonzepts gesperrt sind.

Das BMAS ist der Auffassung, dass die Umsetzung der geplanten Förderung **nicht in seine Zuständigkeit falle** (keine sozialrechtliche Maßnahme, keine Bereitstellung sozialpolitischer Hilfen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) und das BMAS weder über die erforderliche **Verwaltungskompetenz** noch über eine geeignete **Infrastruktur** (nachgeordneter Bereich) verfüge. Vielmehr gehe es um die **finanzielle Unterstützung** und damit **wirtschaftliche Förderung von Unternehmen der Zeitungsbranche** (somit implizit Zuständigkeit von BMWi oder BKM).

BMWi sollte die **Umsetzung der Zustellförderung nicht übernehmen**.

Zuständig für die finanzielle Entlastung der Abonnementzeitungen und Anzeigenblätter war laut **Koalitionsvertrag BMAS**. Einer Umsetzung durch das BMAS steht auch nicht entgegen, dass das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel nun auf anderem Wege (staatliche Förderung statt Senkung der Rentenversicherungsbeiträge) erreicht werden soll.

Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass der vorgesehene **Förderbetrag** auf Betreiben der CDU-/CSU-Fraktion in der Bereinigungssitzung erheblich (von knapp 100 Mio. Euro auf 40 Mio. Euro) **gekürzt** worden ist. Weder BMWi noch BKM sollten daher die Umsetzung der Förderung übernehmen (so auch BKM), deren Kürzung zudem bei der Branche (insb. BDZV und VDZ) auf harsche Kritik stieß.

BDZV erachtet die Förderhöhe als nahezu lächerlich, VDZ kommt (zumindest in diesem Haushaltsjahr) gar nicht in den Genuss einer Förderung der Zeitschriftenzustellung.

Für eine **Umsetzung der Zustellförderung durch BMAS** spricht zudem, dass der Förderbetrag im **Haushalt des BMAS** eingestellt worden ist. Die **verwaltungstechnisch aufwendige Umsetzung** (womöglich differenziert nach Stadt-, Land- und Mischregionen) erfordert zudem die **Einrichtung eines Förderinstruments** anhand einer zur entwickelnden Förderrichtlinie.

Das ist mit **erheblichem Personalbedarf** verbunden, für den im **BMWi-Haushalt keine entsprechenden Stellen** bereitgestellt wurden. Das **Referat VIA3** verfügt als reines Rechtsreferat jedenfalls weder über einen **Haushaltstitel** noch über die für die Erarbeitung von Förderrichtlinien erforderliche **Expertise**.

Schließlich könnte BMAS mit Blick auf die Infrastruktur ggf. auf die **Knappschaft** zurückgreifen, die auch für die Rentenversicherungsbeiträge für geringfügig Beschäftigte zuständig ist.

- Ich teile Ihre Auffassung, dass nun rasch mit den Vorbereitungen zur Umsetzung dieser für die Branche wichtigen Förderung begonnen werden muss.
- Ich sehe hierfür jedoch weiterhin das BMAS als fachlich zuständiges Ressort in der Pflicht. Das hatte ich Ihnen bereits schriftlich mitgeteilt.
- Laut Koalitionsvertrag ist das BMAS zuständig für die finanzielle Entlastung der Abonnementzeitungen (und Anzeigenblätter).
- Einer Umsetzung durch Ihr Haus steht auch nicht entgegen, dass das im Koalitionsvertrag verankerte Ziel nun auf anderem Wege (staatliche Förderung statt Senkung der Rentenversicherungsbeiträge) erreicht werden soll.
- Schließlich wurde der Förderbetrag durch den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages auch im Haushalt des BMAS eingestellt. Im Haushalt des BMWi wurden hingegen keine entsprechenden Mittel bereitgestellt.
- Mit Blick auf die erforderliche Infrastruktur zur Umsetzung eines solchen Förderprogramms könnte das BMAS gegebenenfalls auf die Knappschaft zurückgreifen, die auch für die Rentenversicherungsbeiträge für geringfügig Beschäftigte zuständig ist.
- Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind – wie bisher – gerne bereit, an der Ausgestaltung der Förderrichtlinien durch das BMAS mitzuwirken.